



## PRESSEMITTEILUNG

14.09.2015

### Die Flüchtlinge und der Berliner Sport

#### Balanceakt zwischen Hilfsbereitschaft und der Angst um die Sportstätten

Der Landessportbund Berlin ist eine gemeinnützige Organisation, die dem Gemeinwohl-Gedanken verpflichtet ist. Vor diesem Hintergrund nehmen der LSB, seine Vereine und Verbände zahlreiche sozialpolitische Aufgaben wahr, leisten insbesondere Beiträge zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zu Integration von Zuwanderern. Die Hilfsbereitschaft des Sports in der aktuellen Flüchtlingssituation ist groß.

Über 40 Berliner Vereine haben bereits Kooperationsvereinbarungen mit Notunterkünften und Erstaufnahme-Einrichtungen verabredet. Die Sportangebote bringen Abwechslung, Lebensfreude und Sozialkontakte in den Alltag der Flüchtlinge. Sie leisten damit erste Schritte zur Integration, mindestens aber einen Beitrag zu einer respektvollen und freundlichen Aufnahme in Deutschland, selbst wenn der Aufenthalt vieler Flüchtlinge in Berlin nicht von Dauer sein kann.

Dieser vorbildliche Brückenschlag in die deutsche Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn den engagierten Vereinen Sportstätten für ihre Angebote zur Verfügung stehen, für die bisherigen wie für die neuen, zusätzlichen. Bei vielen Vereinen jedoch macht sich gegenwärtig eine gewisse Ratlosigkeit breit, weil ihnen zunehmend Möglichkeiten zur Sportausübung entzogen werden.

Mit wachsender Sorge nimmt der Landessportbund zur Kenntnis, dass immer weitere Sportstandorte in Berlin als Notunterkünfte in Betracht gezogen werden. Dies steht jedoch im Widerspruch zum Engagement des Vereinssports. Den Sportvereinen wird so die Basis ihrer Arbeit entzogen, in den betroffenen Schulen ist ein regulärer Sportunterricht nicht mehr möglich.

Dazu erklärt der Präsident des Landessportbundes Berlin, **Klaus Böger**, heute:

„Wir verkennen nicht die Dimension der Probleme und die Handlungszwänge des Berliner Senats bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Wir sehen auch, dass Sporthallen aufgrund ihres vergleichsweise großen Platzangebots sowie der Anzahl ihrer Sanitäreinrichtungen relativ leicht und kurzfristig in Notunterkünfte umzuwandeln sind. Das darf aber nicht entscheidendes Kriterium sein. Die Beschlagnahme von Sporthallen kann immer nur allerletzte Option und nur vorübergehende Lösung sein, wenn alle anderen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft sind. Eine solche Zwangslage allerdings sehe ich in Berlin derzeit nicht.“

Wir haben den Leerstand im ICC und in den Hangars des ehemaligen Flughafen Tempelhof. Es gibt das leerstehende ehemalige Gebäude der Poelchau-Oberschule in Siemensstadt, den Leerstand in Kasernen oder ehemaligen Verwaltungsgebäuden und es gibt zahlreiche Hallen der Messe Berlin. Es gibt also Alternativen, bevor man in die Infrastruktur des Sports eingreift, den Sportbetrieb, die sozialen Effekte des Sports und das ehrenamtliche Engagement in empfindlichem Maße einschränkt oder gar zerstört. Ich glaube nicht, dass solche Maßnahmen und der auf Dauer drohende Ausfall von Schulsport-Unterricht die Akzeptanz in der Bevölkerung für die gegenwärtige Flüchtlingspolitik erhöhen.“

Der Landessportbund Berlin erwartet, in die zukünftigen Überlegungen zur Belegung von Sporthallen mit Flüchtlingen einbezogen zu werden, damit betroffene Sportvereine rechtzeitig informiert, entsprechende Vorkehrungen getroffen und Ersatzlösungen gefunden werden können.

Am kommenden Mittwoch wird das LSB-Präsidium zu einer Sondersitzung wegen der Flüchtlingsbelegungen von Sportstätten zusammenkommen.

Dietmar Bothe, Öffentlichkeitsreferent (Fon 30 002-116)